

Kramgasse 2, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 388 87 87
www.bern-cci.ch

Medienmitteilung

Bern, 27. Oktober 2025

Nein zur JUSO-Initiative und Service-Citoyen-Initiative

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern spricht sich gegen die JUSO-Initiative sowie die Service-Citoyen-Initiative aus, die am 30. November 2025 zur Abstimmung vorliegen. Beide Vorlagen schaden dem Arbeitsplatz. Die eine Initiative durch die Zerschlagung von Familienunternehmen, die andere durch die Verzerrung des Arbeitsmarktes. Dies alles in einer Phase, in der US-Zölle und weitere weltwirtschaftliche Verwerfungen bereits massiven Druck auf die Berner Unternehmen und damit die Basis des Wohlstandes ausüben.

JUSO-Initiative – erhöht Steuern und zerschlägt Familienunternehmen

Die JUSO will die hypothetischen Einnahmen ihrer Erbschaftssteuer für den «ökologischen Umbau der Gesamtwirtschaft» verwenden. Doch laut Bundesrat würde diese Initiative zum Wegzug der stärksten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler führen und Steuerausfälle von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr verursachen. Die Folge?

Höhere Steuern für alle Bürgerinnen und Bürger. Für einen Durchschnittshaushalt führt dies zu einer Mehrbelastung von rund 1'265 Franken pro Jahr.

Darüber hinaus sind viele mittelgrosse und grosse Firmen in der Schweiz Familienunternehmen. Da der Wert einer Firma grösstenteils auf gebundenen Vermögenswerten beruht, wären die Erben gezwungen, Teile oder sogar das gesamte Unternehmen zu verkaufen – nur so könnten sie derart hohe Steuern bezahlen. HIV-Präsident Daniel Arn macht klar: «Damit bedroht die Initiative Berner Familienunternehmen, die traditionelle Marken geschaffen haben, tausende Arbeitsplätze sichern und ein dichtes Netz lokaler KMU am Leben erhalten. Hier braucht es ein klares Nein aus dem Kanton Bern. Für unseren Wohlstand und unsere wirtschaftliche Zukunft.»

Service-Citoyen-Initiative – verzerrt den Arbeitsmarkt und kostet Millionen

«Schon heute herrschen in vielen Branchen Fachkräftemangel und Überbelastung. Der geplante Bürgerdienstzwang würde die Situation nochmals dramatisch verschärfen: Jährlich würden im Vergleich zu heute doppelt so viele Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt abgezogen», hält HIV-Direktor Henrik Schoop fest. Dazu kommt, dass Dienstleistende Aufgaben übernehmen würden, für die sie kaum ausgebildet sind. Und auch die finanzielle Belastung wäre gewaltig: Allein die Erwerbsersatzkosten würden um rund 800 Millionen Franken steigen, und die Militärversicherung um zusätzliche 160 Millionen Franken. Die Rechnung zahlen wiederum die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Auch auf die Kantone kämen Mehrkosten in Millionenhöhe zu, um die Einsätze in den vielen möglichen Einsatzgebieten zu koordinieren.

Aus diesen Gründen lehnt der HIV Kanton Bern sowohl die JUSO-Initiative als auch die Bürgerdienstzwang-Initiative vom 30. November 2025 ab und empfiehlt die Nein-Parole.

Weitere Informationen:

Daniel Arn, Präsident HIV Kanton Bern, 079 330 31 75

Henrik Schoop, Direktor HIV Kanton Bern, 079 790 30 48